

MAGAZIN

Oktober 2024/Nr. 8

Zeitbilder



DIE PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN IN DEN USA – 2024

© alexsl / Getty Images - iStockphoto

- Geschichte der Präsidentschaftswahlen
- Mehrheitswahl und Gerrymandering
- Wer kann Präsidentin oder Präsident werden
- Das Parteiensystem der USA
- Der Weg zur Präsidentschaft
- Primaries innerhalb der Parteien, National Conventions
- Die Kandidatin und der Kandidat, die Wahl
- Electoral College und Inauguration



Das Oval Office im Weißen Haus in Washington, D.C.,
repräsentatives Arbeitszimmer des Präsidenten

Josef Scheipl, Barbara Kronberger-Schmid
(unter Mitarbeit von Alois Scheucher)

Zur Geschichte der Präsidentschaftswahlen

Am 5. November 2024 findet die 60. Präsidentschaftswahl seit Gründung der USA 1776 statt. Der Präsident bzw. die Präsidentin wird seit 1788 jeweils für vier Jahre gewählt. Ursprünglich durften nur weiße, protestantische Männer aus der Mittel- und Oberschicht wählen, das waren etwa zehn Prozent der Bevölkerung. Ab 1830 durften alle weißen Männer über 25 Jahren, unabhängig von ihrem Glauben und ihrem sozialen Status, wählen. Ab 1870 bekamen ehemalige männliche Sklaven das Wahlrecht, zumindest theoretisch, praktisch wurden sie vor allem in den Südstaaten durch Gesetze oder auch Gewalt daran gehindert, an Wahlen teilzunehmen. Frauen dürfen in den USA seit 1920 wählen. 1924 erhielten die Native Americans das US-Bürgerrecht und somit das Wahlrecht, das ihnen in einzelnen Bundesstaaten allerdings immer wieder verwehrt wurde.

Ursprünglich gab es keine Beschränkung der Amtszeit. Da Präsident Franklin D. Roosevelt († 1944) jedoch ab 1932 viermal in Folge zum Präsidenten gewählt wurde, beschränk-

te man 1951 mit dem 22. Zusatzartikel (Amendment) zur US-Verfassung die Amtszeit auf zwei Wahlperioden.

Die US-Präsidenten – bis heute waren es ausschließlich Männer – werden nicht direkt vom Volk gewählt. Seit der ersten Wahl zwischen 15. Dezember 1788 und 10. Jänner 1789 werden sie indirekt durch von den einzelnen Bundesstaaten bestimmte Elektoren (Wahlleute; ursprünglich: Wahlmänner) gewählt. Ihre Anzahl richtet sich nach der Einwohnerzahl des jeweiligen Bundesstaates und hat sich im Laufe der Zeit verändert: Bei der ersten Präsidentschaftswahl waren es 69 Wahlmänner aus zehn Bundesstaaten; seit 1961 sind es 538 Wahlmänner und -frauen aus 50 Bundesstaaten und der Bundeshauptstadt Washington D.C. (= District of Columbia). In 48 der 50 Bundesstaaten – ausgenommen Maine und Nebraska – gilt dabei das Prinzip: **The Winner takes it all** (= „Mehrheitswahlrecht“).

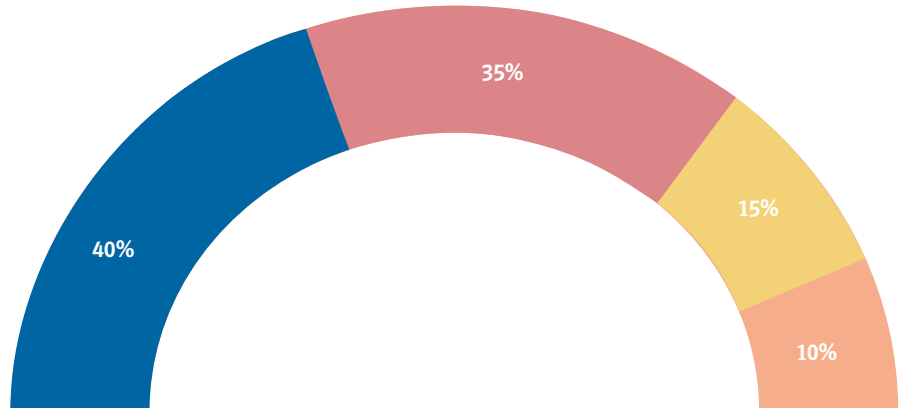


Mehrheitswahl

Kandidatinnen und Kandidaten	Stimmen
A	40.000
B	35.000
C	15.000
D	10.000

Der Ausgang einer fiktiven Wahl und seine Folgen für die Zusammensetzung des Parlaments

Mandate werden nicht nach dem Verhältnis der Stimmenanteile vergeben wie z.B. in Österreich, wo nach dem Verhältniswahlrecht gewählt wird. Beim Mehrheitswahlrecht gilt das Prinzip **The Winner takes it all**: Hat eine Kandidatin oder ein Kandidat im Wahlgang eine Mehrheit erreicht, zieht sie oder er ins Parlament ein (z.B. USA). Dieses Wahlrecht begünstigt ein Zweiparteiensystem.



Kandidatin oder Kandidat A zieht ins Parlament ein, da sie bzw. er mit 40% die meisten Stimmen erhalten hat. Der Wille der Menschen, die die Kandidatinnen bzw. Kandidaten B-D gewählt haben (60%), wird also nicht berücksichtigt.

VORTEILE	NACHTEILE
entscheidungsfähiges Parlament	Kleine Parteien haben kaum eine Chance.
	Alle Stimmen, die nicht an die Siegerkandidatin oder den Siegerkandidaten gegangen sind, gehen verloren.

Gerrymandering / Wahlkreisverschiebung

Durch eine willkürliche Verschiebung der Wahlkreisgrenzen kann eine Partei bei einem Mehrheitswahlrecht (oppositionelle Stimmen verfallen: **The Winner takes it all**) ihre Erfolge steigern: Wenn viele gegnerische Wählerinnen und Wähler in einem Wahlkreis konzentriert werden, wird in anderen Wahlbezirken die eigene Partei die Mehrheit erzielen. Wichtig ist nur, dass eine Partei die Mehrheit in einem Wahlbezirk erreicht; die Höhe des Wahlsiegs fällt nicht ins Gewicht.

Beispiel:

18 Stimmen für Partei A

15 Stimmen für Partei B

Wahlkreis	Partei A	Partei B
1	10	8
2	10	5
3	10	5

A gewinnt alle drei Wahlkreise.

Wahlkreis	Partei A	Partei B
1	10	8
2	5	10
3	5	10

A gewinnt einen Wahlkreis, B zwei.

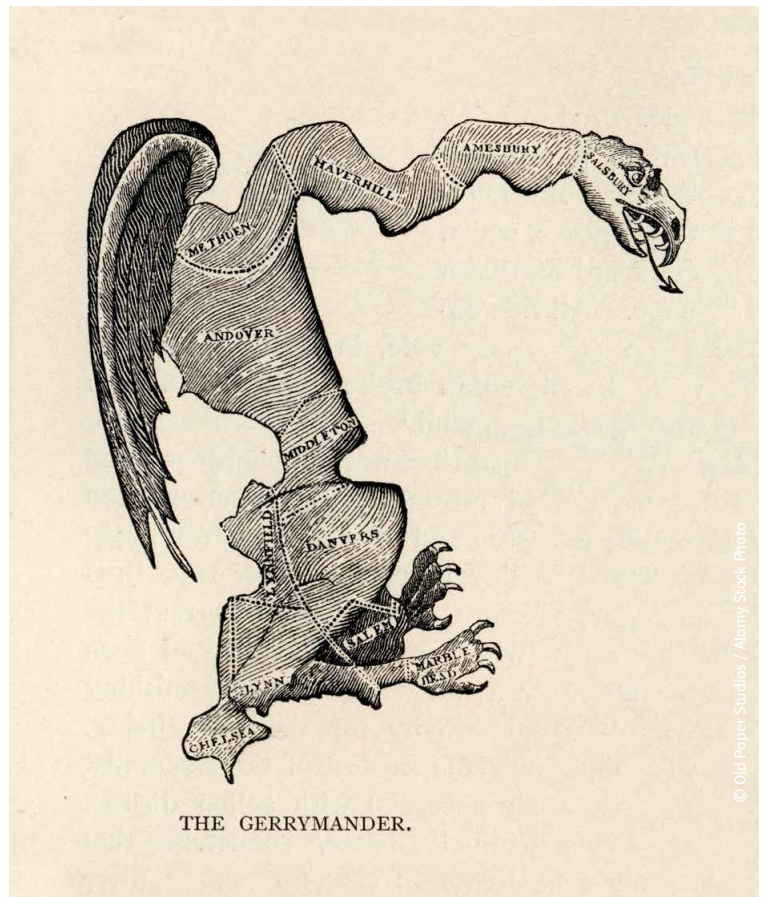
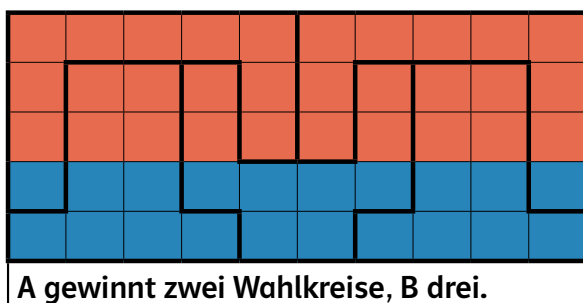
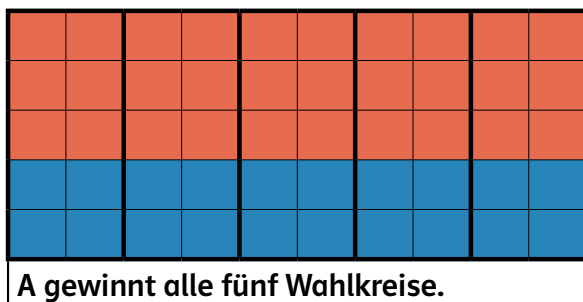


Der Begriff geht auf Elbridge Thomas **Gerry** zurück. Er war im frühen 19. Jh. republikanischer Gouverneur von Massachusetts und US-Vizepräsident. Unter ihm wurde ein Gesetz verabschiedet, das eine Verlegung der Wahlkreisgrenzen in Massachusetts gestattete. Deshalb machte man ihn für die Praxis des Packing (= Hochburgbildung) verantwortlich, also der Konzentration der gegnerischen Wählerschaft in einem Wahlbezirk, so dass ihr dann in den Nachbarbezirken die Stimmen zur Mehrheit fehlen.

Beispiel:

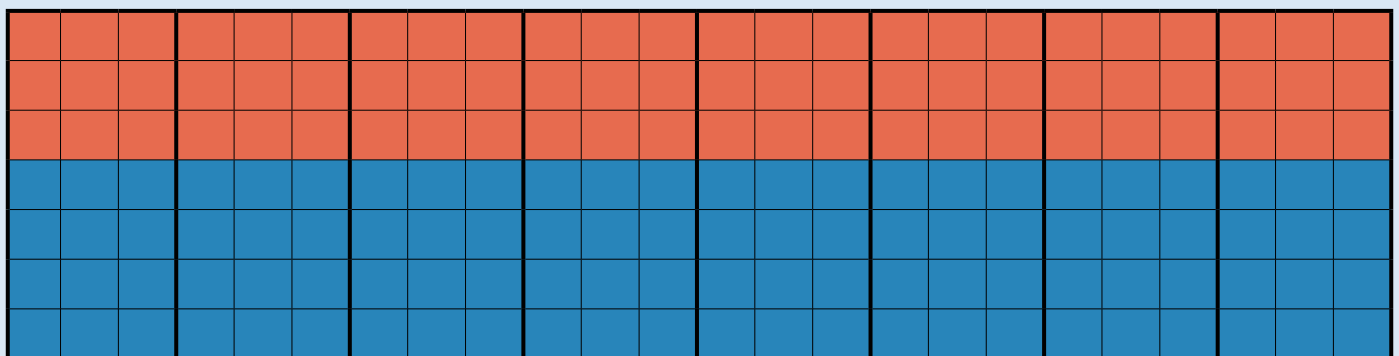
30 Stimmen für **Partei A**

20 Stimmen für **Partei B**



Gerrymandering: Da durch die Verschiebung der Wahlkreisgrenzen damals ein Wahlbezirk die Form eines Salamanders bekam, entstand das Wort **Gerrymandering**. (Karikatur, um 1880)

Fragen und Arbeitsaufträge



1. Blau gewinnt in allen acht Wahlkreisen: Verlege die Wahlkreisgrenzen so, dass nach dem Mehrheitswahlrecht eine Mehrheit der roten Partei entsteht (Gerrymandering). Eine mögliche Lösung findest du auf Seite 13 dieses Magazins.



Wer kann Präsidentin bzw. Präsident werden?

Zum Präsidenten bzw. zur Präsidentin kann nur eine Person gewählt werden, die

- in den USA geboren ist und die US-amerikanische Staatsbürgerschaft besitzt (natural born citizen),
- seit mindestens 14 Jahren in den USA lebt,
- älter als 35 Jahre ist,
- vorher höchstens eine Amtsperiode lang die Funktion des Präsidenten bzw. der Präsidentin der USA ausgeübt hat.

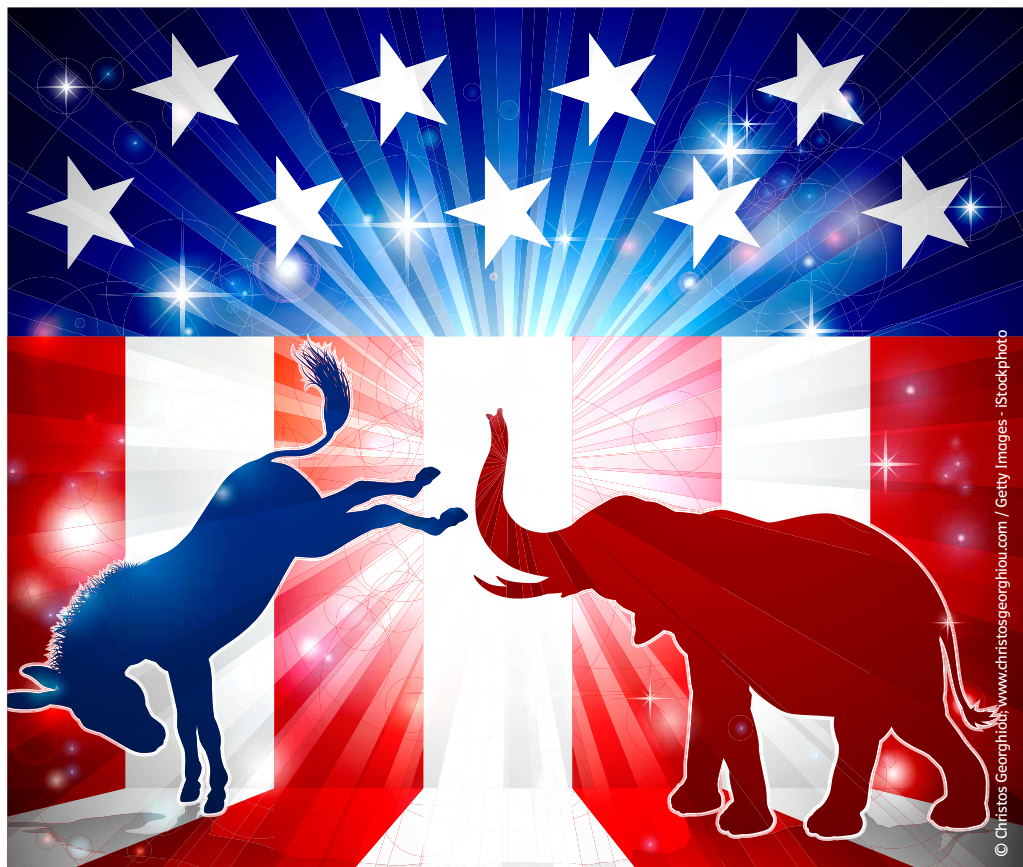
Jede Person, die diese Voraussetzungen erfüllt, kann sich um die Präsidentschaft bewerben. Auch rechtskräftig verurteilte Personen können sich um die Präsidentschaft bewerben. Sie behalten das passive, verlieren jedoch das aktive Wahlrecht. In der Regel haben aber nur Kandidaten bzw. Kandidatinnen eine Chance, die von einer der beiden großen politischen Parteien, den Demokraten oder den Republikanern, unterstützt werden.

Das Parteiensystem der USA

Im Parteiensystem der USA dominieren zwei Parteien, die Demokraten und die Republikaner mit jeweils zahlreichen registrierten Mitgliedern (ca. 47 Mio. bei den Demokraten, ca. 33 Mio. bei den Republikanern). Sie unterscheiden sich im Aufbau und in den Inhalten grundlegend von europäischen Parteien.

Der an der Universität Salzburg lehrende österreichisch-amerikanische Politologe Reinhard C. Heinisch beschreibt sie so:

Amerikanische Parteien sind Vehikel, um Kandidaten die Wahl zu ermöglichen. Abgesehen vom Präsidentschaftskandidaten haben sie auch keine „Parteiführer“, die in der Öffentlichkeit präsent sind. Außer den Wahlplattformen des Präsidentschaftskandidaten gibt es keine umfangreichen und verbindlichen Parteiprogramme, sondern in der Regel einige Grundsätze und ideologisch unterschiedliche Strömungen innerhalb der Parteien. Vor allem im Zusammenhang mit den Wahlen ist ihre wichtigste Aufgabe das „fundraising“ [= die Geldbeschaffung für die Wahlen; Anm.]. Und die wichtigste Veranstaltung der Parteien ist die alle vier Jahre stattfindende National Convention, die



Die Parteisymbole der Demokraten (Esel) und der Republikaner (Elefant).

„Krönungsfeier“ für die gewählten Präsidentschaftskandidaten und -kandidatinnen. Dort wird auch die Wahlplattform, also die für die Wahl gültige Programmatik festgelegt.

(Reinhard C. Heinisch: Telefoninterview mit Alois Scheucher, 2.6.2020)



Die Demokratische Partei

Ihre Mitglieder werden als **Democrats** (Demokraten) oder kurz als **Dems** bezeichnet. Sie gelten im Vergleich zu den Republikanern als liberaler und weniger konservativ. Die Demokratische Partei hatte wichtige Vorläufer in den **frontier settlers**, den Neusiedlern im Westen („Go west, young men, and grow with the country“ – Horace Greeley). Zu einer politisch bestimmenden Größe wurden sie mit der Wahl von Andrew Jackson zum Präsidenten im Jahr 1828. Er gilt als eigentlicher Gründer der Demokratischen Partei.

Zahlreiche Demokraten unterstützten im 20. Jh. die Aufhebung der Rassentrennung bzw. die Bürgerrechtsbewegung. Obwohl sie auch Sozialreformen durchsetzten, vertraten sie eine (neo-)liberale Wirtschaftspolitik. Ein Großteil ihrer Anhängerschaft lebt in den bevölkerungsstarken Bundesstaaten im Nordosten der USA, an der Pazifikküste (Kalifornien) und in den größeren Städten. 2022 hatte die Demokratische Partei ca. 47 Millionen registrierte Mitglieder.

Ihre Parteifarbe ist blau, ihr inoffizielles Wappentier der Esel, da Andrew Jackson, unter dem sich die Demokratische Partei 1828 zur Massenpartei entwickelte, von seinen politischen Gegnern oft als Esel beschimpft wurde. Daraufhin verwendete er das Tier, das als besonders energisch und standhaft gilt, in seinem Wahlkampf als Symbol.

Demokratische Präsidenten seit dem Ersten Weltkrieg waren Woodrow Wilson, Franklin D. Roosevelt, Harry S. Truman, John F. Kennedy, Lyndon B. Johnson, Jimmy Carter, Bill Clinton, Barack Obama und der seit 2021 amtierende Präsident Joseph („Joe“) R. Biden.



© Jerry Tavin / Everett Collection / picturedesk.com

"The Third-Term Panic", Karikatur von Thomas Nast, veröffentlicht im Harper's Magazine am 7. November 1874: Nast zeigte 1874 zum ersten Mal einen Elefanten, um die republikanische Abstimmung darzustellen. Er stellte das Tier dar, das sich seines eigenen Gewichts nicht sicher war und durch Bretter stapfte, die seine eigene Parteiplattform darstellten.



Die Republikanische Partei

Die Mitglieder der Republikanischen Partei werden als **Republicans** (Republikaner) bezeichnet, die Partei auch als **Grand Old Party**. Heute gelten die Republikaner im Vergleich zu den Demokraten als konservativer, obwohl ein Hauptziel ihrer Gründung (1854) darin bestand, gegen den Willen der Demokraten die Sklaverei in den Südstaaten abzuschaffen.

Besonders seit den 1960-er Jahren unterscheiden sich die Republikaner von den Demokraten durch ihr sehr konservatives Weltbild (z.B. Ablehnung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften und des Schwangerschaftsabbruchs, Befürwortung der Todesstrafe) sowie durch ihr Eintreten für eine liberalere, unternehmerfreundliche Wirtschaftspolitik und liberale Waffengesetze. Vorwiegend in den Südstaaten und in ländlichen Gebieten hat die Republikanische Partei viele Anhängerinnen und Anhänger. 2022 hatte sie ca. 33 Millionen registrierte Mitglieder.

Die Parteifarbe der Republikaner ist rot, ihr inoffizielles Wappentier ist der Elefant. Das geht auf die auf S. 5 dargestellte Karikatur aus dem Jahr 1874 zurück.

Republikanische Präsidenten seit dem Ersten Weltkrieg waren Warren G. Harding, Calvin Coolidge, Herbert Hoover, Dwight D. Eisenhower, Richard Nixon, Gerald Ford, Ronald Reagan, George Bush, George W. Bush und Donald Trump.

„Dritte Parteien“ (Third Parties)

Alle Parteien, die in den USA neben der Demokratischen und der Republikanischen Partei existieren, werden als **Third Parties** bezeichnet. Ihre politische Bandbreite reicht von **right-wing** bis **left-wing** mit einer Vielzahl von kleinen, regionalen Gruppierungen.

Landesweit gibt es derzeit drei nennenswerte politische Parteien, die immer wieder auch eigene Kandidaten und Kandidatinnen bei den Präsidentschaftswahlen unterstützen.

- die Libertarian Party

gegründet 1971; drittstärkste Partei; sie steht u.a. für liberale Wirtschaftspolitik, Steuersenkung, Abschaffung des Sozialstaates, Drogenfreigabe, Verbot der Todesstrafe, gleichgeschlechtliche Ehe und liberale Waffengesetze.

- die Constitution Party

gegründet 1992 als **Taxpayers Party**; die von Weißen getragene Partei orientiert sich an den sehr konservativen Werten der ursprünglichen Verfassung, der Unabhängigkeitserklärung und der Bibel.

- die Green Party of the United States (GPUS)

entstand 2001 als Zusammenschluss von mehreren regionalen Grünparteien; ihre Ziele gleichen jenen der europäischen Ökoparteien. Sie fordert u.a. **Grassroot Democracy** (= Basisdemokratie), ein öffentliches Gesundheitssystem und kostenfreie Universitäten, Abschaffung der Todesstrafe und Drogenfreigabe.

Fragen und Arbeitsaufträge

1. Vergleiche die österreichische Parteienlandschaft mit jener in den USA in Bezug auf
 - Anzahl und Größe der Parteien.
 - die Organisation der Parteien.
 - die politischen Aufgaben der Parteien.
2. Interpretiere die Karikatur von Thomas Nast.



Der Weg zur Präsidentschaft

Die Nominierung

Zwei wesentliche Voraussetzungen muss jeder Kandidat und jede Kandidatin selbst mitbringen: ausreichend Geld für die Wahlkampagne und einen hohen Bekanntheitsgrad.

Geld für Wahlkampfkosten – „hard money“ und „soft money“

In den USA wird die enge Verbindung von Geld und Politik besonders deutlich: Donald Trump selbst ist Milliardär, ca. die Hälfte aller Kongressabgeordneten, aber auch ca. zwei Drittel der Richterinnen und Richter des Supreme Court sind Millionärinnen und Millionäre.

Die Ausgaben für die Präsidentschaftswahlkämpfe sind in den letzten Jahrzehnten rasant gewachsen: von geschätzten 100 Millionen Dollar im Jahr 1968 auf 1,1 Milliarden im Jahr 2000 und auf geschätzte 2,7 Milliarden Dollar im Wahlkampf 2016 zwischen Donald Trump und Hillary Clinton. 2020 betragen die gesamten Wahlkampfkosten bereits mehr als 14 Mrd. US-Dollar. Davon entfielen ca. 5,7 Mrd. auf den Präsidentschaftswahlkampf und 8,7 Mrd. auf die Wahl der Kongressabgeordneten, die zeitgleich stattfand. Die finanziellen Mittel dafür sollen vor allem durch Spenden sowie – je nach Vermögen – durch Eigenmittel der Kandidierenden aufgebracht werden.

Inhaltliche Programme treten im Vergleich dazu eher in den Hintergrund, meint der Politologe Peter Filzmaier: *Spendensammeln und Kontakte mit potenziellen Geldgebern sind demzufolge bereits vom Zeitaufwand her für Kongress- und Präsidentschaftswahlen wichtiger als das Bemühen um inhaltliche Programme. Entsprechende Abhängigkeiten können nicht ausgeschlossen werden. Das Hauptproblem ist jedoch mangelnde Transparenz.*

(Peter Filzmaier: Geld regiert die Politik? Wahlkampffinanzierung in den USA. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft. 22. Jahrgang (2012), Heft 1, S. 105 – 116; hier: S. 105)

Die gesetzlichen Vorgaben zur Finanzierung der Wahlkämpfe wurden 1907 im Tillmann Act festgelegt: Eine New Yorker Versicherungsgesellschaft hatte 1904 die Summe von umgerechnet auf den heutigen Wert 1,64 Mio. Dollar für Theodore Roosevelts Wahlkampf gespendet. Spenden von Banken oder Konzernen an politische Ausschüsse oder für politische Zwecke (Wahlen) wurden verboten. Doch es kam weiterhin zu derartigen Wahlkampffinanzierungen. Die Bestimmungen wurden mit juristischen Tricks immer wieder umgangen, indem z.B. Sachleistungen (Büroinfrastruktur, Büroräumlichkeiten, Flugtickets) oder Personalkosten übernommen wurden.

Es gibt zwar klare Spendenlimits, doch diese betreffen nur Direktspenden von Einzelpersonen und von so genannten **Political Action Committees (PACs)** an mögliche Kandidaten und Kandidatinnen (= **hard money**).

Das unabhängige Center for Responsive Politics ermittelte, dass Joe Biden im laufenden Wahlkampf bis März 2024 über 160 Mio. Dollar an Spendengeldern sammelte. Donald Trump kam auf über 150 Mio. Dollar.

Auch der Staat stellt für den Wahlkampf Geld zur Verfügung. Wer öffentliches Geld in Anspruch nimmt, wird allerdings in seinen Wahlkampfausgaben begrenzt. Wer keine staatliche Unterstützung beansprucht, kann für den Wahlkampf finanzielle Mittel nahezu ohne Obergrenze ausgeben.

Genauso wichtig für die Finanzierung eines umfassenden Wahlkampfs ist das so genannte **soft money**: Damit können kleine und große Unternehmen, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände sowie verschiedenste andere politische Interessensgruppen und reiche Einzelpersonen ihre Kandidaten und Kandidatinnen ohne finanzielle Obergrenze unterstützen. Mit ihrem **soft money** organisieren sie Wahlkampfveranstaltungen, bezahlen Wahlwerbung oder Kampagnen gegen die politischen Gegner und Gegnerinnen in den Medien (TV, Zeitung, Radio, Social Media etc.). Schließlich wird dieses Geld auch dafür verwendet, um möglichst viele Wählerinnen und Wähler für die Wahl im November zu mobilisieren.

Insgesamt kostete der Präsidentschaftswahlkampf 2016 (Donald Trump gegen Hillary Clinton) 2,7 Mrd. Dollar, 2020 (Joe Biden gegen Donald Trump) bereits 5,7 Mrd. Dollar und im Wahlkampf 2024 (Kamala Harris gegen Donald Trump) wird diese Summe Beobachtern zufolge noch übertroffen werden.

Allerdings muss Geld nicht der ausschlaggebende Faktor sein: Nikki Haley, in den republikanischen Vorwahlen die Konkurrentin Trumps, hatte deutlich mehr Geld zur Verfügung, da einige Großkonzerne (z.B. Hedge Fund Elliott Management und New Balance) sie als Kandidatin für das Präsidentenamt vorgezogen hätten. Doch die republikanische Basis war auf Trump eingeschworen und wollte zudem lieber einen Mann an der Staatsspitze sehen.

MAKE AMERICA WEALTHY AGAIN



Wahlkampfauftritt des Präsidentschaftskandidaten Donald Trump im Johnny Mercer Theatre Civic Center in Savannah, Georgia im September 2024

© Chandan Khanna / AFP / picturedesk.com

Ein hoher Bekanntheitsgrad

Ein möglichst hoher Bekanntheitsgrad der Kandidatinnen und Kandidaten soll vor allem über das Fernsehen (mit hunderten TV-Kanälen), aber auch über Zeitungen, Radio, Postwurfsendungen, öffentliche Auftritte und seit der Jahrtausendwende immer stärker mit Hilfe des Internets erreicht werden.

Daher sind Auftritte in Fernsehshows, speziell produzierte Unterhaltungsprogramme und Filme auf eigenen Sendeplätzen und Fernsehkanälen, tägliche Sendungen

aus den Parteihauptquartieren sowie multifunktionale Apps und permanente Nachrichten auf Twitter (jetzt X), Facebook u.a. Teil des Wahlkampfes. Seit Präsident Obama werden Social Media (z.B. Twitter – jetzt X) sehr stark genutzt.

Da das Erreichen eines hohen Bekanntheitsgrades im Allgemeinen nur mit Hilfe von viel Geld möglich ist, haben unabhängige Kandidaten und Kandidatinnen kleiner Parteien bei dieser Form des Wahlkampfes in der Regel keine Chance auf einen Sieg.

US-Vizepräsidentin und Präsidentschaftskandidatin Kamala Harris bei einem Wahlkampfauftritt im Alliant Energy Center in Madison, Wisconsin im September 2024



© Mandel Ngan / AFP / picturedesk.com



Die Vorwahlen (Primaries) innerhalb der Parteien

In den USA ist für die Wahl nicht ein einzelner Tag, sondern das gesamte Wahljahr bedeutend. In der ersten Jahreshälfte werden in den meisten Bundesstaaten die Vorwahlen der beiden Parteien abgehalten. In diesen entscheiden die Demokraten und Republikaner parteiintern, wen sie jeweils als Kandidaten oder als Kandidatin für die Präsidentschaft vorschlagen.

Die Vorgangsweisen bei den Vorwahlen sind sehr unterschiedlich. Die internen Abläufe und wer dabei wahlberechtigt ist, wird von den Parteien festgelegt und unterscheidet sich in den einzelnen Bundesstaaten:

In manchen Bundesstaaten sind zu den Vorwahlen nur die registrierten Parteimitglieder zugelassen, in anderen wiederum können alle Wahlberechtigten an der geheimen Vorwahl teilnehmen.

Manche Bundesstaaten, z.B. Alaska, Colorado, Hawaii oder Washington, führen als Vorwahl einen so genannten **Caucus** durch: Dabei werben in örtlichen Versammlungen persönliche Fürsprecher für einzelne Kandidatinnen und Kandidaten. Die Abstimmungen, an denen nur registrierte Parteimitglieder teilnehmen, können dann öffentlich sein. In den meisten Bundesstaaten allerdings stimmen die Wahlberechtigten geheim in Wahllokalen ab.

In manchen Bundesstaaten werden Delegierte nach dem Mehrheitswahlrecht bestimmt (**The winner takes it all**), in anderen wiederum werden diese nach dem Verhältniswahlrecht festgelegt.

Die Wahltermine in den Bundesstaaten unterscheiden sich zeitlich: In der Regel startet Iowa als erster in die Vorwahlen. Ein besonderer Tag ist der **Super Tuesday** (erster Dienstag im März). An diesem Tag (5. März 2024) fanden in 15 der 50 Bundesstaaten Vorwahlen statt.

Bei den Demokraten setzte sich in den Vorwahlen des Jahres 2020 Joe Biden gegen zunächst über 20 Kandidatinnen und Kandidaten durch. Bei den diesjährigen Vorwahlen (2024) traten bei den Demokraten keine nennenswerten Gegenkandidaten gegen Joe Biden an, denn der „politische Anstand“ verbietet es, einen amtierenden Präsidenten der eigenen Partei offen herauszufordern.

Als jedoch die Chancen von Biden nach seinem greisenhaften Auftritt im Fernsehduell gegen Herausforderer Trump deutlich sanken, trat er am 21. Juli von seiner Kandidatur zurück; er schlug Vizepräsidentin Kamala Harris als seine



© adamkaz / Getty Images - iStockphoto

Nachfolgerin vor. Um aufgrund dieses Wechsels gegenüber den Republikanern nicht allzu sehr in Rückstand zu geraten, führten die Demokraten bereits Anfang August bei ihren Delegierten eine dem Bundesparteitag (19. - 22. August) vorgezogene Online-Abstimmung zur Nominierung von Kamala Harris durch. Sie erhielt eine breite Zustimmung. Diese äußerte sich auch darin, dass sie bereits wenige Tage nach dem Rückzug von Biden mehr als 100 Mio. Dollar an Spenden lukrieren konnte.

Bei den Republikanern sah sich Donald Trump vier einflussreicheren Gegenkandidatinnen bzw. Gegenkandidaten gegenüber. Doch er konnte schon am **Super Tuesday** eine deutliche Mehrzahl der republikanischen Delegiertenstimmen für sich gewinnen; seine letzte verbliebene Herausforderin, Nikki Haley, gab ihre Kampagne danach auf. Obwohl Trump gleich in mehreren Strafprozessen als Angeklagter aufscheint, entschied der Supreme Court, das oberste Gericht der Vereinigten Staaten, einstimmig, dass Trump trotz der gerichtsanhängigen Verfahren von den Vorwahlen nicht ausgeschlossen werden darf. Im Juli wurde auf Donald Trump im Rahmen einer Wahlveranstaltung in Pennsylvania ein Schussattentat verübt, bei dem er am rechten Ohr verletzt wurde. Ein weiterer Attentatsversuch im September in Florida wurde vereitelt.



Die Bundesparteitage (National Conventions)



National Convent der Demokraten: 19. bis 22. August 2024 in Chicago, Illinois: Ticket Harris – Walz

Nach Abschluss der Vorwahlen finden die Bundesparteitage der beiden Großparteien statt. Auf diesen stimmen die gewählten Delegierten und die so genannten Superdelegierten (höhere Parteifunktionärinnen und -funktionäre und von der Parteiführung ausgewählte Personen) über die endgültige Nominierung ihrer Präsidentschaftskandidatin oder ihres Präsidentschaftskandidaten ab. Diese Vorgangsweise wird von beiden großen Parteien praktiziert, ist aber nicht gesetzlich vorgeschrieben.

Die Parteitage sind meist mehrtägige Massenevents mit tausenden Anhängerinnen und Anhängern, die ihren Präsidentschaftskandidaten bzw. ihre Präsidentschaftskandidatin enthusiastisch feiern.

Jede Kandidatin bzw. jeder Kandidat nominiert seine Vizepräsidentschaftskandidatin bzw. seinen Vizepräsidentschaftskandidaten selbst. Angesichts des fortgeschrittenen Alters des Präsidentschaftskandidaten Donald Trump ist das eine wichtige Entscheidung, denn im Notfall müsste die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident das Amt übernehmen. Das jeweilige Duo wird **Ticket** genannt. Kamala Harris hat sich für Tim Walz als Vizepräsidentschaftskandidaten entschieden. Donald Trump hat James David „JD“ Vance als Vizepräsidentschaftskandidaten bestimmt. Diese beiden **Tickets** (Demokraten gegen Republikaner) treten nach den National Conventions ab nun im eigentlichen bundesweiten Wahlkampf gegeneinander an. Die Wahlberechtigten entscheiden dann am bundesweiten Wahltag, allerdings nur indirekt, wer diesen Kampf gewinnt. (siehe dazu S. 12 Elektoren)



National Convent der Republikaner: 15. bis 18. Juli 2024 in Milwaukee, Wisconsin: Ticket Trump – Vance

2024 ist neben der Kandidatin bzw. dem Kandidaten der beiden großen Parteien (Biden bzw. Harris und Trump) Robert F. Kennedy als dritter unabhängiger Herausforderer auf den Plan getreten. Er beteiligte sich zwar nicht an den Vorwahlen, wollte es aber zunächst mittels Unterschriften von zahlreichen Sympathisantinnen und Sympathisanten schaffen, im November auf die Stimmzettel der einzelnen Bundesstaaten zu gelangen. Doch als sich im August in den Umfragen abzeichnete, dass seine Chancen immer geringer wurden, gab er seine Wahlwerbung auf, um Donald Trump zu unterstützen. Er wollte als ehemaliger Demokrat vor allem enttäuschte Biden-Wählerinnen und -Wähler abspenstig machen, da sich seiner Meinung nach die Demokraten deutlich von den Grundwerten entfernt hätten, mit denen er aufgewachsen sei. Politisch setzt er sich für eine Erhöhung des Mindestlohns ein und fordert ein Ende der Unterstützung der Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten.





Die Wahl

Wahlberechtigte

Grundsätzlich gilt: Alle Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, sind wahlberechtigt. Um aber tatsächlich wählen zu können, muss man sich registrieren lassen. Der Politologe Filzmaier erklärt, wie unterschiedlich sich der tatsächliche Zugang zur Wahl in den USA im Vergleich zu Österreich gestaltet:

Die Registrierung liegt bei den Wahlwilligen, die sich persönlich um die Eintragung in die Wählerliste zu kümmern haben. Dies setzt die Investition von Zeit und Energie voraus und macht das Registrierungsverfahren zu einer [...] Barriere für die Wahlbeteiligung. Das Fehlen eines bundeseinheitlichen Wahlgesetzes führt zu unterschiedlichen Registrierungs- und Abstimmungsmodalitäten in den einzelnen Staaten, die sich selbst innerhalb eines Bundesstaates von Bezirk zu Bezirk unterscheiden können. [...] Während etwa in Deutschland wie in Österreich Wählerverzeichnisse automatisch erstellt werden und das Wählerservice von den amtlichen Wahlbehörden laufend verbessert wurde, um die Schwellenangst beim Betreten des Wahllokals zu senken, liegt die Wählerinformation in den Vereinigten Staaten bei freiwilligen Vereinen und Organisationen.

(Peter Filzmaier/Fritz Plasser: Politik auf amerikanisch. Wahlen und politischer Wettbewerb in den USA. Wien: Manz 2005, S. 65)

Der Politologe Heinisch erklärt genauer, wie die amerikanische Wahlordnung funktioniert:

In den USA gibt es kein staatliches Melderegister. Sehr viele Menschen haben weder einen Personalausweis und noch weniger besitzen einen Reisepass, weil sie das Land ohnedies nie verlassen. Es entscheidet daher jeder Bundesstaat bzw. Wahlbezirk, wie man sich als Wähler oder Wählerin registrieren lassen kann: Manchmal braucht man einen Führerschein, doch manchmal genügt schon die persönlich vorgewiesene Stromrechnung; Wahlausweise gibt es normalerweise nur in der Hauptstadt. Etwa 27 Prozent aller registrierten Wählerinnen und Wähler lassen sich über eine Partei für die Wahl registrieren.

(Reinhard C. Heinisch: Telefoninterview mit Alois Scheucher, 2.6.2020)

Der Wahltag im November

Wahltag ist in den USA, wie im [Presidential Election Day Act](#) aus dem Jahr 1845 festgelegt, der Dienstag nach dem ersten Montag im November. Im Jahr 2024 ist dies der 5. November.

Zuständig für die Durchführung der Wahlen sind ausschließlich die einzelnen Bundesstaaten. Sie bestimmen, wie die Wahlzettel in den Distrikten aussehen, welche Kandidatinnen und Kandidaten dort angeführt werden und über welche Ämter neben dem Präsidentenamt noch abgestimmt wird (z.B. über Mitglieder des Repräsentantenhauses, des Senats, die lokalen Sheriffs und andere mehr). Ebenso entscheiden sie, wo, wann und wie gewählt werden darf (z.B. inwieweit Briefwahl erlaubt ist) und wie die Stimmen ausgezählt werden.

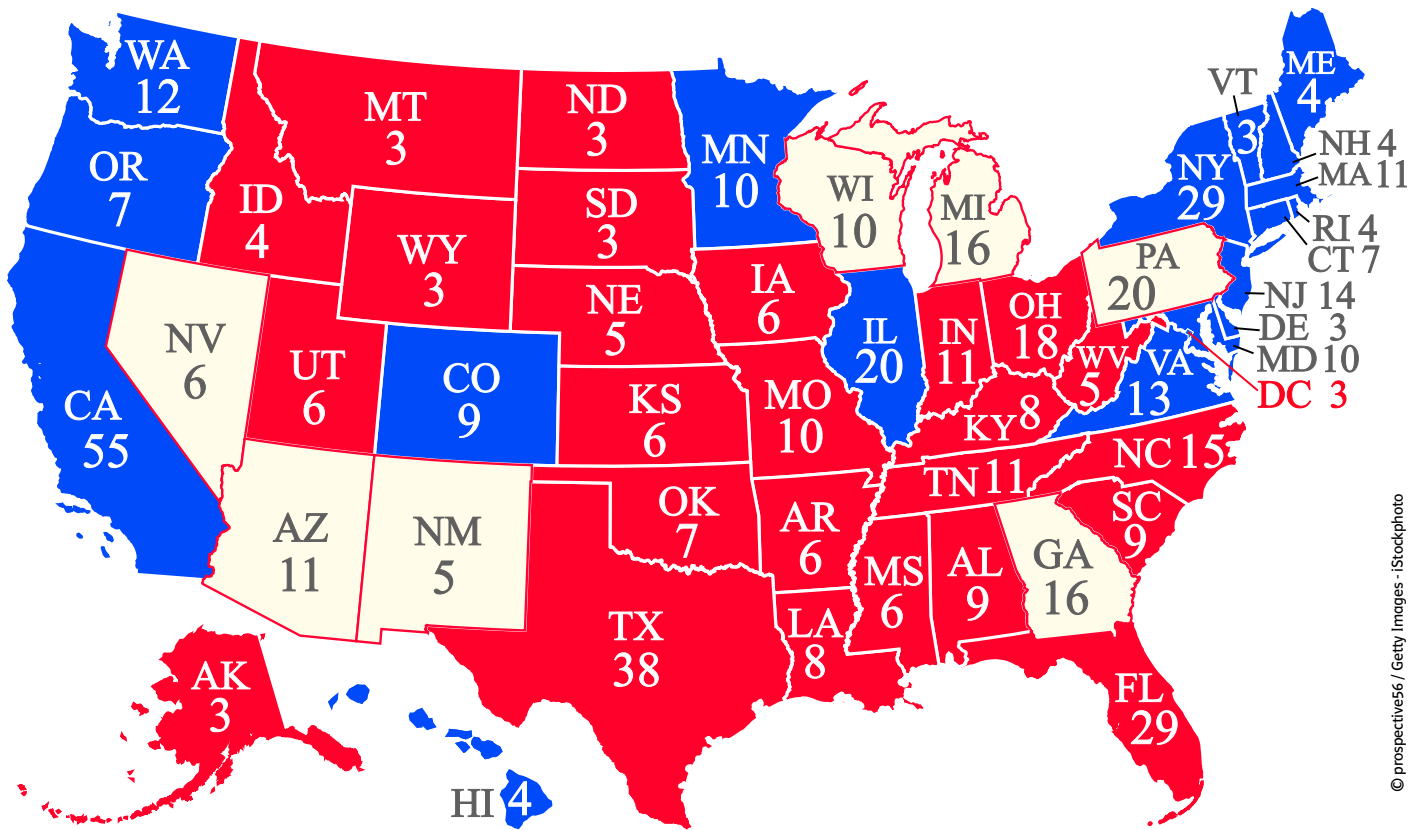
An diesem allgemeinen landesweiten Wahltag werden jedoch die Präsidentschaftskandidatinnen bzw. Präsidentschaftskandidaten nicht direkt gewählt; es werden vielmehr nach dem Mehrheitswahlrecht so genannte Elektoren (= Wahlleute) gewählt. Diese wählen dann in weiterer Folge im Dezember den Präsidenten bzw. die Präsidentin. Jeder Bundesstaat hat so viele Elektoren wie er Abgeordnete in den Kongress entsendet, d.h. jeweils zwei Senatoren bzw. Senatorinnen und mindestens eine oder einen Abgeordneten des Repräsentantenhauses, abhängig von der Einwohnerzahl (z.B. Kalifornien: 55, Delaware: 3).

Die Wahlberechtigten können normalerweise ihr [Ticket](#) (Präsidentschaftskandidatin/Präsidentschaftskandidat-Vizepräsidentschaftskandidatin/Vizepräsidentschaftskandidat) auf dem Wahlzettel ankreuzen. Damit bestimmen sie aber nur das Wahlergebnis im jeweiligen Bundesstaat mit: In 48 der 50 Bundesstaaten gilt das Prinzip [The Winner takes it all](#): Das [Ticket](#), das die Mehrheit der Wählerstimmen erhält, bekommt die Stimmen aller Elektoren dieses Bundesstaates. So gewinnt z.B. jenes [Ticket](#), das in Kalifornien die Stimmenmehrheit erhält, alle 55 Elektoren für die Präsidentenwahl, unabhängig davon, wie knapp die Wahl ausgegangen ist.

Formular für die Wahlregistrierung



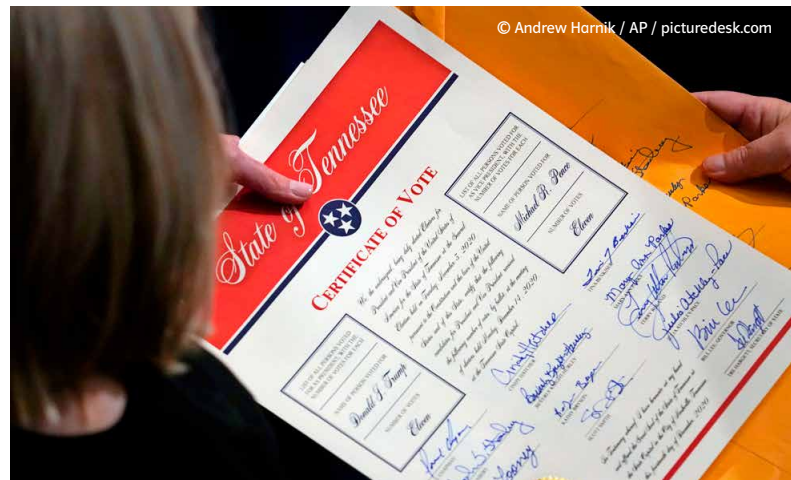
Buttons als Werbemittel für die Wahlbeteiligung



Die USA mit den Bundesstaaten und eingetragener Anzahl der Wähler 2020: blau: Biden, rot: Trump, gelb: Swing States

© prospective56 / Getty Images - iStockphoto

Normalerweise ernennen die einzelnen Bundesstaaten ihre Elektoren erst nach der Wahl, damit diese auch wirklich ihr **Siegerticket** beim späteren **Electoral College** wählen (s.u.). Es ist in der Vergangenheit nämlich schon vorgekommen, dass einzelne so genannte **faithless electors** entgegen dem Abstimmungsergebnis der Wählerinnen und Wähler ein anderes **Ticket** gewählt haben. Deshalb sind die Elektoren mittlerweile in 26 Bundesstaaten sowie in Washington D.C. gesetzlich verpflichtet, entsprechend dem November-Wahl-ergebnis beim **Electoral College** abzustimmen. In den anderen Bundesstaaten sind die Elektoren gemäß der Verfassung nach wie vor grundsätzlich frei in ihrem Abstimmungsverhalten. Nur Maine (4) und Nebraska (5) teilen die Wähler proportional, also nach dem Anteil der Stimmen, auf.



Das Zertifikat über die Stimmen des Electoral College aus Tennessee 2020

Die Elektorenstimmen entscheiden

Das Ticket, das mehr als die Hälfte der Elektoren, d.h. mindestens 270 Wähler, für sich gewinnen kann, gewinnt die Präsidentschaftswahl. Bundesstaaten, in denen sich die Mehrheitsverhältnisse immer wieder verändern, werden als **Swing States** bezeichnet (z.B. Pennsylvania mit 20 Wählern). In solchen **Swing States** ist der Wahlkampf meist besonders heftig.

Das indirekte Mehrheitswahlsystem ermöglicht auch, dass nicht immer jene Person US-Präsident bzw. US-Präsidentin wird, die bei der Novemberwahl die Stimmen-

mehrheit im Gesamtstaat USA bekommt. In der Geschichte der USA unterlagen bisher fünfmal Kandidaten bzw. Kandidatinnen, die im Gesamtstaat die Stimmenmehrheit erhalten hatten, im entscheidenden Kampf um die Stimmen der Elektoren. Im Jahr 2000 z.B. betraf das den Demokraten Al Gore (mit 532.994 Stimmen Vorsprung auf George W. Bush), im Jahr 2016 Hillary Clinton, die im gesamten Bundesgebiet 2.868.691 Stimmen mehr erhielt als Wahlsieger Donald Trump. Für ihn stimmten später jedoch 304 Elektoren, für Clinton nur 227. Außerdem gab es sieben **faithless electors** (zwei, die für Trump, und fünf, die für Clinton hätten stimmen sollen).

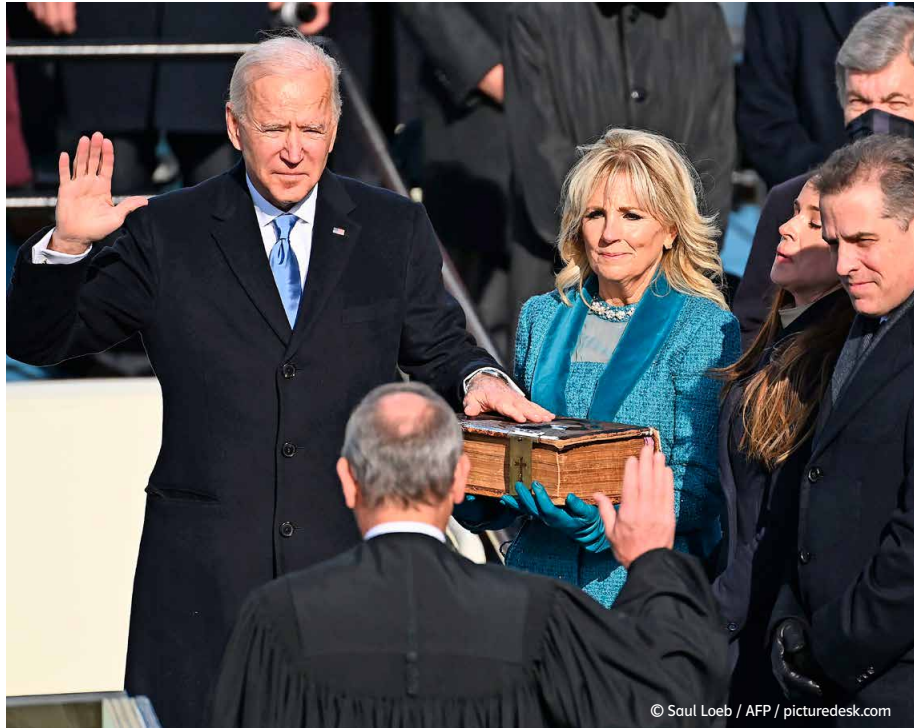


Electoral College (Wahleuleugremium) und Inauguration (Amtseinführung)

Electoral College (Wahleuleugremium)

Normalerweise steht nach den Novemberwahlen der neue US-Präsident bzw. die neue US-Präsidentin fest. Offiziell jedoch wird er bzw. sie erst 41 Tage später beim **Electoral College** gewählt, wenn alle Wahleuleute in der Hauptstadt ihres jeweiligen Bundesstaates ihre Stimme abgegeben haben. (Falls keine Präsidentschaftskandidatin oder kein Präsidentschaftskandidat die absolute Mehrheit erhält, wählt das ebenfalls neu gewählte Repräsentantenhaus die Präsidentin bzw. den Präsidenten. Dabei hat jeder Bundesstaat nur eine Stimme.)

Ausgezählt werden diese Stimmen traditionell Anfang Jänner vom Kongress der USA. Dann wird offiziell verkündet, wer für vier Jahre als nächster Präsident oder als nächste Präsidentin in das Weiße Haus, den Amtssitz in Washington, D.C. einziehen wird.



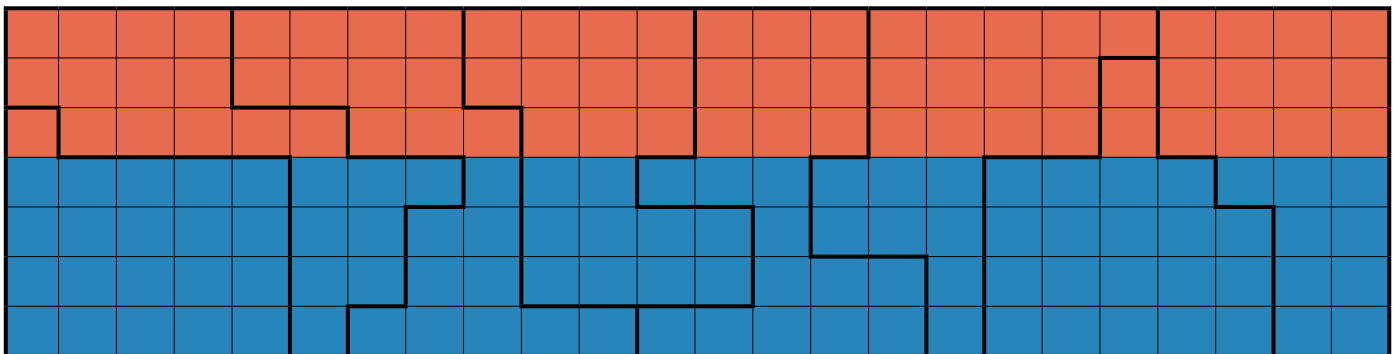
Angelobung von Joseph Robinette „Joe“ Biden als 46. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika am 20. Jänner 2021 vor dem Kapitol in Washington D.C.

Inauguration (Amtseinführung)

Die **Inauguration** erfolgt seit einer Verfassungsbestimmung aus dem Jahr 1933 jeweils am 20. Jänner.

Fragen und Arbeitsaufträge

1. Fasse die wesentlichen Unterschiede zwischen dem US-Mehrheitswahlssystem und dem österreichischen Verhältniswahlrecht zusammen.
2. Erkläre, warum man auch ohne Mehrheit der Wählerstimmen im gesamten Bundesgebiet die US-Präsidentschaft erreichen kann.
3. Erörtere mögliche Vorteile, Nachteile und Probleme des US-amerikanischen Wahlsystems.

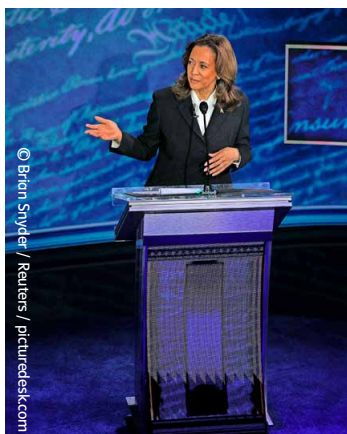


mögliche Lösung zum Arbeitsauftrag auf S. 3



Die Präsidentschaftskandidatin und der Präsidentschaftskandidat 2024

Kamala Devi Harris

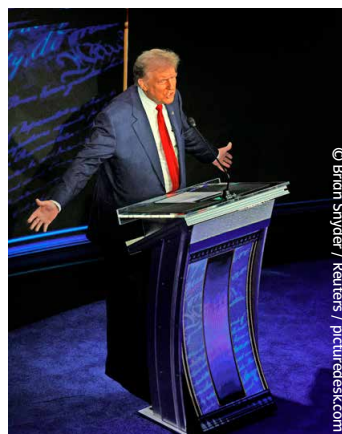


geboren 1964 in Oakland, Kalifornien; ihre Mutter aus Madras (heute Chennai, Indien) arbeitete in der medizinischen Forschung, ihr Vater aus Jamaika war Wirtschaftswissenschaftler in Stanford. Sie studierte Politik- und Wirtschaftswissenschaften sowie Jus. Sie war kalifornische Generalstaatsanwältin und bis zu ihrer Wahl in den US-Senat

2017 Justizministerin (General Attorney) der Demokraten von Kalifornien. Zwei Jahre später gab sie ihre Kandidatur für die Nominierung zur demokratischen Präsidentschaftskandidatin bekannt, die sie jedoch zurückzog. 2020 machte Joe Biden sie zu seiner Vizepräsidentschaftskandidatin. Seit Jänner 2021 ist sie Vizepräsidentin der Vereinigten Staaten. Als Vizepräsidentin sollte sie illegale Immigration aus Lateinamerika und Mexiko eindämmen. Trotz schärferen Durchgreifens nahmen die Migrationsbewegungen zu. Als Biden seine neuerliche Präsidentschaftskandidatur im Juli 2024 zurückzog, gab sie ihre Kandidatur bekannt und wurde im August zur demokratischen Präsidentschaftskandidatin erklärt.

Sie wird zum linken Flügel der Demokraten gerechnet, da sie sich für Rechte der Frauen (Empfängnisverhütung, Abtreibung), Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Ehen, Gesundheitsversorgung, Verschärfung der Waffengesetze, Maßnahmen zur Eindämmung der Klimakrise und gegen die Todesstrafe ausspricht.

Donald John Trump



geboren 1946 in New York City; seine große Bekanntheit in den USA erwarb er sich als Unternehmer des Milliarden-Konzerns Trump Organization und als Fernsehentertainer bei der Realityshow „The Apprentice“. Er schloss das Studium der Wirtschaftswissenschaften

(Fachbereich: Immobilien) mit dem Bachelor ab.

Bis zu seiner Registrierung bei den Republikanern (2009) unterstützte er verschiedene Parteien. Vor seiner Wahl zum 45. US-Präsidenten hatte er kein politisches Amt ausgeübt. Gegenwärtig ist Trump in mehrere Strafprozesse als Angeklagter verwickelt. Es wird ihm u.a. vorgeworfen, seine Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen 2020 nicht anerkannt und die Fanatiker vom Sturm auf das Kapitol am 6. Jänner 2021 nicht zurückgehalten zu haben. Politikbeobachterinnen und -beobachter meinen, dass er diese geschickt als eine Art Werbung für seine Wahl nutzt und dass abschließende Urteilssprüche nicht vor der Wahl im November zu erwarten sind. Mehrere Großspenderinnen und Großspender – auch aus den republikanischen Reihen – versagen ihm allerdings ihre finanzielle Unterstützung.

Fragen und Arbeitsaufträge

1. Erweitere die Steckbriefe der Präsidentschaftskandidatin und des Präsidentschaftskandidaten mit Hilfe von Informationen aus Tageszeitungen, aus politischen Magazinen oder aus Internet-Artikeln. Wählt selbst Schwerpunkte für eure Recherchen und Ergänzungen.
2. Erstelle Steckbriefe des jeweiligen Vizepräsidentschaftskandidaten.
3. Analysiere diese vier Personen hinsichtlich ihrer Ausbildung, ihres politischen Werdegangs und ihrer Wahlversprechen.

TIPP:

Der Professor und der Wolf: Die Wahlen in den USA

Vor den US-Wahlen erklären der Politologe und USA-Experte Peter Filzmaier und ZIB 2-Moderator Armin Wolf in einer weiteren Spezialfolge ihres populären Podcasts alles, was man dazu wissen muss. Ausstrahlungstermin: 9.10., 22.40 Uhr, ORF I und danach auf ORF ON

Impressum
Zeitbilder Magazin 8
Oktober 2024 / Nr. 8
Thema: Präsidentschaftswahlen
in den USA 2024
Österreichischer Bundesverlag, Wien
www.oebv.at
Herstellung: Alexandra Brych
Layout, Satz und Grafik: Clemens Toscani
Redaktion: Andrea Truppe